

Ermittlungen, zur Durchsicht von Personalunterlagen, zur Befragung evtl. vorhandener IM im Umfeld des Verdächtigen.

Diese Theorien und Praktiken lagen der Behauptung zugrunde, das MfS habe flächendeckend das Volk überwacht. Tatsächlich aber galt das *Schwerpunktprinzip* für die Gestaltung der politisch-operativen Arbeit. Häufig reichten die Mitarbeiter schon nicht mehr für die Bearbeitung der sich entwickelnden politisch-operativen Schwerpunkte. Z.B. konzentrierte sich die Abwehr in der Volkswirtschaft auf strukturbestimmende Zweige und hier wiederum auf die Forschung und Entwicklung, Planung, Reisekader, Geheimnisträger. Im Widerspruch zum Schwerpunktprinzip und zu den realen Möglichkeiten forderte Minister Mielke immer wieder, keine "weißen Flecke" bei der politisch-operativen Arbeit zuzulassen. Faktisch hatten wir jedoch z.B. in den Produktionsbereichen der Großbetriebe, in mittleren und kleinen Betrieben fast keine IM. Insbesondere seit Anfang der 70er Jahre - Abkommen zwischen der DDR und der BRD, KSZE Prozeß - entwickelten sich Widersprüche zwischen der Außen- und der Innenpolitik der DDR, vor allem ausgeprägt seit 1985, dem Beginn der Perestrojka in der Sowjetunion. Die vorsichtige Öffnung nach außen wurde durch eine Verschärfung sicherheitspolitischer Maßnahmen im Inneren begleitet.

### **Die politische Differenziertheit der "Opposition" wurde ignoriert**

Die zunehmende *"Opposition"*, die besonders unter dem Schutz der evangelischen Kirche und unterstützt von Kräften im westlichen Ausland Ziele auf den Gebieten der Friedens- und Umweltpolitik artikuliert und immer stärker realsozialismuskritisch bis feindlich auftrat, sollte ausschließlich mit administrativen, politisch-operativen und rechtlichen Mitteln und Methoden an der Entwicklung gehindert bzw. zurückgedrängt werden.

Dabei wurde trotz vieler objektiver Informationen des MfS die politische Differenziertheit dieser Kräfte ignoriert. Sie hätten vielfältige Anknüpfungspunkte für einen Dialog geboten, der aber aus grundsätzlichen Erwägungen von der politischen Führung konsequent abgelehnt wurde. Ich konnte mich 1988 nach stundenlanger Diskussion mit dem damaligen Mitglied des Politbüros, Günter Schabowski, von dessen dogmatischer Position in dieser Frage überzeugen.

Dabei befanden sich unter den "Oppositionellen" viele ehrliche und mutige Menschen, die Fehlentwicklungen in der DDR erkannt hatten, dagegen auftraten und grundsätzliche Verbesserungen und Korrekturen der